

Antrag 9/I/2021

SPD-Unterbezirk Region Hannover

Der Landesparteitag möge beschließen:

Bekämpfung von israelbezogenen Antisemitismus – „Israel wird man ja wohl noch kritisieren dürfen...“

1 Antisemitismus wird mehrheitlich über versteckte Kommunikation geäußert. Der häufigste Umweg ist der
2 israelbezogene Antisemitismus, der mit jedem Aufflammen des Nahost-Konflikts auf schmerzhaft Weise
3 deutlich wird. So wird Kritik an der israelischen Regierungspolitik, insbesondere im Umgang mit Palästi-
4 nenser*innen, als Deckmantel für antisemitische Ressentiments genutzt, die den Staat Israel dämonisie-
5 ren oder altbekannte antisemitische Feindbilder auf Israel projizieren wie beispielsweise den Vorwurf der
6 Brunnenvergiftung.

7 Die Gefährdung durch diesen verdeckten Antisemitismus nimmt noch dadurch zu, dass er nicht auf dezi-
8 diert rechte politische Kreise beschränkt ist, sondern in verschiedenen gesellschaftlichen Milieus und politi-
9 schen Bewegungen zum Ausdruck kommt. Israelbezogener Antisemitismus muss daher als eigenständiges
10 Problem erkannt und bekämpft werden.

11 Wir fordern,

- 12 1. die verstärkte Zusammenarbeit mit Gruppen, Stiftungen, Vereinen, die sich gegen Antisemitismus
13 einsetzen.
- 14 2. eine interne Sensibilisierung für israelbezogenen Antisemitismus.
- 15 3. eine öffentlichkeitswirksame Positionierung gegen israelbezogenen Antisemitismus und konkrete
16 Äußerungen, in denen entsprechend Ressentiments zum Ausdruck kommen. Außerdem ein klares
17 und vernehmbares Bekenntnis zum Existenzrecht Israels und Förderung eines lebendigen Gedenkens
18 an die Verbrechen der Shoa.

19 Aus historischer Verantwortung und tiefer Überzeugung gegen alle menschenverachtenden Ideologien
20 machen wir somit klar: Nie darf vergessen werden, zu welchen grausamen Taten antisemitische Gedan-
21 ken und Äußerungen bereits geführt haben. Nicht nur klassischer, sondern auch israelbezogener
22 Antisemitismus hat in unserer Gesellschaft keinen Platz und als Jugendverband, der auf eine gerechte und
23 solidarische Welt hinarbeitet, fühlen wir uns dazu verpflichtet, jeglichem antisemitischem Gedankengut
24 entschlossen entgegenzutreten.

25

Empfehlung der Antragskommission

Erledigt durch Beschlussfassung Landesparteirat vom 03.11.2018